

Dezember 2006

## **Votum: Postulat gggfon**

Herr Ratspräsident  
Werte Anwesende

Mit grossem Unverständnis habe ich den Antrag des Gemeinderates auf Nichterheblicherklärung des vorliegenden Postulates zur Kenntnis nehmen müssen. Der Gemeinderat will einen Beitritt zur Informations- und Beratungsstelle gggfon nicht einmal prüfen. Lieber Gemeinderat, liebe Stadträtinnen und Stadträte, ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen betonen, es geht hier erstens um ein Postulat, und zweitens wurde dieses im Jahre 2006 eingereicht und hat wenig mit dem Jugendpostulat von 2004 zu tun.

Was sendet die Stadt Langenthal für ein Zeichen aus, wenn sie einen allfälligen Beitritt zu einer Organisation in unserer Region, welche sich gegen Gewalt und Rassismus einsetzt, welche sachlich und fundiert zum Thema Extremismus informiert und agiert, welche eine Anlaufstelle für ratsuchende Menschen und Institutionen sein kann, nicht einmal prüfen will! Gerade mit dem aktuellen Beispiel vom vergangenen Samstag sollte uns Stadträtinnen und Stadträten bewusst sein, dass in der Bevölkerung bestimmte offene Fragen und Unsicherheiten zum Thema Extremismus vorherrschen. Einzelne wünschen sich bestimmt eine Anlaufstelle, die gekonnt und kompetent zu diesem Thema Auskunft geben kann, und zwar sowohl zum Rechts- als auch zum Linksextremismus. Diesem Bedürfnis nach Aufklärung sowie den vorliegenden Ängsten müssen wir Rechnung tragen.

Umso unverständlicher ist es, dass sich der Gemeinderat auf veraltete Akten beruft. Unverständlich, dass sich der Gemeinderat nicht darum bemüht, aktuelle Informationen zum jetzigen Stand der Beratungsstelle gggfon einzuholen und sich ernsthaft um eine transparente und korrekte Einschätzung der Lage bemüht.

Ich sage es ungern, und trotzdem... Nach dem Aktenstudium und dem Vergleich, was gggfon heute ist und bietet, komme ich zum Schluss, dass der Gemeinderat in Bezug auf das vorliegende Postulat fahrlässig und unkorrekt gearbeitet hat. Der Gemeinderat hat es sich sehr einfach gemacht. Wer die Akten studiert hat, konnte sehen, dass sich der Gemeinderat nicht um eine zeitgerechte Einschätzung bemüht hat, sondern sich auf veraltete Zahlen und Umstände berufen hat, welche zur Behandlung des Jugendpostulates vor zwei Jahren beim Jugendpostulat Entscheidungsgrundlage waren. Der Gemeinderat hat sich nicht die Mühe gemacht, sich genau und aktuell zu informieren. Die scheinbar bereits erfolgte Prüfung im Jahre 2004 ist zum heutigen Zeitpunkt nichtig. Das gggfon ist relativ neu und weist ein grosses Entwicklungspotential auf. Es hat sich in den vergangenen Jahren entwickelt. Neue Gemeinden sind dazu gestossen, die Anfragen haben extrem zugenommen. Dies waren Gründe, weshalb ich den Gemeinderat zwei Jahre später noch einmal auffordere, einen Beitritt der Stadt Langenthal zum gggfon zu prüfen. Die Ausgangslage heute ist eine andere als noch vor zwei Jahren. Situationen verändern sich und deshalb muss sich auch die Politik verändern, sich hinterfragen, laufend neu prüfen und sich orientieren. Dies hat der Gemeinderat hier verpasst.

Mir ist bewusst, dass die Repression, wenn Tatbestände vorliegen, von der Stadt- und Kantonalpolizei sehr gut abgedeckt wird. Aber an wen wende ich mich, wenn ich explizit mit Gewalt, Extremismus und Rassismus konfrontiert werde? Wenn ich Probleme damit habe, die nicht gerichtspolizeilich verfolgt werden müssen? Wenn ich als Einzelperson, als Lehrperson als Politikerin oder Politiker offene Fragen zu diesen Themen habe, kann ich mich an das gggfon wenden. Diese Informations- und Beratungsstelle würde eine Nischeposition abdecken.

Der Gemeinderat stützte sich bei seiner Beratung somit wohl auf falsche beziehungsweise veraltete Angaben zum gggfon. Am selben Tag als wir die Stadtratsunterlagen erhielten, war in den Medien eine Mitteilung der Schweizerischen Depeschagentur zu finden. Ihr Titel war: „gggfon läuft heiss“. Paradox oder?

Tatsache ist:

1. Alle bisherigen Mitgliedsgemeinden plus ein paar Neue (Total **48 Gemeinden**) haben dem neuen Leistungsvertrag zugestimmt. Der Gemeinderat geht laut den veralteten Akten von 25 Gemeinden (d.h. der Hälfte der aktuellen Mitgliedschaften) aus, und zwar nur aus der Region Bern. Das stimmt sowohl zahlenmässig als auch geografisch heute nicht mehr. Die Geografie sollte übrigens nicht ausschlaggebend sein. Auch in der Stadt Solothurn hat ein Stadtratsmitglied im letzten Frühling einen Beitritt zum gggfon sogar in einer Motion gefordert.
2. Die Anzahl Erstanfragen bzw. Meldungen haben laufend zugenommen und liegen jetzt bei **30 pro Monat**. In den Akten, auf die sich der Gemeinderat stützt, ist noch von **unter 100 Anfragen pro Jahr**, d.h. nicht einmal 10 pro Monat, die Rede. Die Anfragen haben sich somit verdreifacht.
3. Zunehmend gehen beim gggfon Anfragen für Fachauskünfte ein, z.B. von Lehrpersonen, von Jugendarbeitenden oder auch von Eltern. Im Protokoll zur Behandlung des Jugendpostulates im Jahre 2004 ist zu lesen, dass es in unserer Region bereits ein sehr breitgefächertes Angebot an Aktionen und Stellen zu diesen Themen gebe. Der Gemeinderat sprach u.a. von der Aktion „grüessech“. Dies war ein geniales Projekt und ich bedaure es sehr, dass es nicht weiter verfolgt wurde. Umso mehr ist es wichtig, dass die Stadt Langenthal einen Beitritt zu einer Beberatungsstelle zumindest prüft.
4. Die ergänzenden Angebote wie der Stopp-Rassismus-Kiosk, Zivilcourage-Workshops und Videoprojekte etc. ermöglichen es zusätzlich gemeinsam mit den Gemeinden gemeindespezifische Handlungsansätze zu erarbeiten. Das gggfon organisierte u.a. im November 2005 eine Informationsveranstaltung „Rechtsextreme Gruppierungen“ für Politikerinnen und Politiker, Behördenmitglieder und Verantwortliche aus den Bereichen Sicherheit, Jugend, Bildung und Gesundheit der Regionen Burgdorf und Langenthal. Es haben über 60 Personen teilgenommen. Auch aus Langenthal war eine Delegation dabei. Das Thema interessiert.

Schauen wir den Tatsachen in die Augen: Die öffentliche Verbreitung rechtsextremer Ideologien hat in letzter Zeit extrem zugenommen. Auftritte auf dem Rütli, Teilnahme an Wahlen, zahlreiche Konzerte, Verteilung von CDs mit rechtsextremer Propaganda auf Schulhausplätzen, Demonstrationen in Langenthal etc. Der Bericht „Innere Sicherheit der Schweiz“, welcher in den Akten konsultiert werden konnte, zeigt ebenfalls die deutliche Zunahme von rechtsextremistischen Vorfällen sowie den Aufschwung der Mitgliederzahlen in rechtsextremen Organisationen auf. Die Situation in der Stadt Langenthal ist hier nicht ganz unbedeutend.

Mit Extremismus meine ich jedoch nicht nur den Rechtsextremismus, sondern auch den von links. Alle Formen von Extremismus, welche ich stark verurteile, haben in letzter Zeit zugenommen.

Der Gemeinderat kommt mir etwas hilflos vor. Sowohl die unzufriedenstellenden Antworten auf unsere Interpellation als auch dieser unbegründete Antrag auf Nichterheblicherklärung des vorliegenden Prüfungsauftrages zeugen meines Erachtens von Hilf- und Ratlosigkeit v.a. dem Thema Extremismus gegenüber. Eine Beratung täte somit gut.

Ich hoffe sehr, dass ich mit diesen Facts den Stadtrat überzeugen konnte, dass sich mindestens eine erneute fundierte Prüfung lohnt. Auch der Gemeinderat ist nun auf dem neusten Stand. Die korrekten Angaben liegen auf dem Tisch!